

Konstantin Bender:

## **Der UN-Sozialpakt: Sind Studiengebühren völkerrechtswidrig?**

Do, 03. Juli 2008, 19 Uhr, Hallischer Saal (über der „Tulpe“), Universitätsplatz 5

Die Politik möchte uns allen derzeit weis machen, dass alle Gesetze zur Einführung von Studiengebühren beschlossen und damit Rechtens sind. Widerstand in Form von Klagen und Boykottaktionen seien aussichtslos. Doch dem ist nicht so.

1973 hat die Bundesrepublik den Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) ratifiziert, der 1966 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Dadurch wurde der Pakt in den Rang eines Bundesgesetzes erhoben. Dort heißt es in Art. 13 Abs. 1: „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Die Vertragsstaaten erkennen an, dass im Hinblick auf die volle Verwirklichung dieses Rechts der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss.“ In oben genanntem Bundesverfassungsgerichtsurteil ist von diesem Pakt jedoch keine Rede mehr. Und die Bundesregierung hat seit mehreren Jahren keinen Bericht zur Umsetzung des Paktes bei der UN abgegeben, obwohl sie dazu in regelmäßigen Abständen verpflichtet ist.

GEW und fzs haben die Möglichkeit genutzt, gegen die Verstöße der Bundesrepublik Deutschland gegen den internationalen Pakt zur Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (UN-Sozialpakt) bei den Vereinten Nationen (UN) vorzugehen und einen Schattenbericht geschrieben. So soll der Internationale Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) wieder ins Bewusstsein der Politik und der Gerichte zurückkehren.

Und erste Erfolge sind vorweisbar...

Mehr dazu gibt es unter [www.un-sozialpakt.de](http://www.un-sozialpakt.de).

ad personam:

Konstantin Bender, Jahrgang 1979, studiert seit 2000 Soziologie, Politikwissenschaft und Europäische Migration an der Universität Mainz. Seit September 2007 schreibt er an seiner Diplomarbeit. Von September 2006 bis August 2007 war er Mitglied im Vorstand des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs). In dieser Funktion war er maßgeblich an der Erstellung des Schattenberichtes zum UN-Sozialpakt von GEW und fzs beteiligt. Er ist Sprecher des Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) der GEW Rheinland-Pfalz.